

Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 28.06.2012

Schließung der Schülerhilfe Weiterstadt

Beschlussvorschlag:

1. Die Auflösung der Schülerhilfe wird unter Berücksichtigung arbeitsrechtlicher, konzeptioneller und pädagogischer Aspekte sozialverträglich gestaltet und ein Teil der personellen und sachlichen Ressourcen wird in die weitere Ausgestaltung der Ganztagschulen vor Ort integriert. Dabei ist zumindest der durch Kreis- und Landeszuschüsse und durch Gebühren nicht mehr abgedeckte Teil in Höhe von 47.000 € jährlich einzusparen (21.000 € Landesmittel, 14.000 € Kreismittel, 12.000 € Gebühreneinnahmen).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept mit Maßnahmenplan zur beschlossenen Variante zeitnah zu entwickeln.

Sachverhalt:

Die Schülerhilfe mit derzeit 30 Plätzen vorwiegend für Grundschulkinder aus Weiterstadt hat bislang die Aufgabe Kinder im Alter zwischen 6 - 12 Jahren mit besonderen sozialen und schulischen Problemlagen individuell zu fördern. Ein erheblicher Teil dieser Kinder hat einen Migrationshintergrund.

Neben dieser individuellen Förderung ist die Schülerhilfe bislang mit der Organisation und Durchführung der jährlichen Ferienspiele I betraut.

Der jährliche Zuschuss für die Schülerhilfe beträgt derzeit ca. 195.000 €/Jahr, wovon ca. 85% Personalkosten beinhalten.

Die Schülerhilfe wurde bis 2001 zunächst mit jährlich ca. 21.000 € vom Land Hessen und mit 19.000 € (bis 2011) seitens des Landkreises gefördert.

Danach wurden zunächst die Landesmittel komplett gestrichen und nunmehr mit Schreiben vom 04.01.2012 auch die bisherige Förderung durch den Landkreis in Höhe von zuletzt noch 14.000 €. (s. dazu Schriftverkehr in der Anlage).

Geblichen ist als einzige Finanzquelle zur Förderung der Schülerhilfe noch die Einnahme aus Elterngebühren, die ca. 12.000 € jährlich betragen.

Unter dem Aspekt des Ausstiegs sowohl des Landes als auch des Landkreises aus dieser Maßnahme halten wir eine weitere Aufrechterhaltung der Schülerhilfe - alleine durch die Stadt - weder ökonomisch, sozial noch pädagogisch für akzeptabel.

Drucksache IX/0363/1

Gerade weil vor dem Hintergrund der Entwicklung der Ganztagschule und der Einführung einer inklusiven Pädagogik an den Grundschulen die individuelle Förderung von Kindern mit besonderen sozialen und schulischen Problemlagen eine immer wichtigere pädagogische Aufgabe wird, ist weder der Schritt des Landes noch der des Kreises als verantwortliche Stellen für die schulische Entwicklungsförderung nachvollziehbar.

Es ist aber auch nicht einsehbar, dass nunmehr die Stadt alleine die gesamte Verantwortung für eine Einrichtung tragen soll, die von ihrem Auftrag her weite Bereiche dessen abdeckt, was eigentlich der Jugendhilfeträger (Landkreis) im Bereich erzieherischer Hilfen bzw. der Schulträger z.B. im Bereich Lernförderung und Inklusion zu verantworten hat.

Der Sachverhalt wurde am 05.Juni 2012 im Magistrat beraten.

- Rohrbach -
Bürgermeister

Anlagen:

1. Schreiben des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Einstellung der Finanzierung der Schülerhilfe
2. Antwortschreiben von Bürgermeister Rohrbach
3. Beantwortung des Schreibens von Bürgermeister Rohrbach durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg